

Ostland

Halbmonatsschrift für den gesamten Osten

Verlag: Bund Deutscher Osten e. V., Berlin W 30, Moabitstraße 46, Heraus: B. S. Barbarossa 0914, Hochschule für Politik Berlin 634-10 — Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Kretschel, Wissenschaftler, Alter: 2 Druck: Druckhaus Spandau, Auf: Rudolf Schmidt, Sonderfehler Seite: 33 — Preis: monatl. 20 Pfennig — Postzettel vierstelliger Zahl 0.10 — Einzelnummer N.F. 0.20 und N.F. 0.05 Postgebühr. — Abonnementpreise 2 — D. v. W. g.

Nr. 4

Berlin, den 15. Februar 1936

17. Jahrgang

Der Kampf um den Boden

Die im vergangenen Jahre erfolgte organisatorische Umwandlung des polnischen Westverbandes (Abänderung der Statuten, Verlegung des Hauptplatzes von Posen nach Warschau, Stärkung des Regierungseinflusses u. s. f.) hat auf die grundfächlich deutschfeindliche Tendenz dieser ausgesprochenen Kampforganisation keinen merkbaren Einfluss gehabt. Das hat die neue Aktivität, die der Westverband in letzter Zeit wieder entfaltet, zur Genüge bewiesen. Stimmungsmäßig vorbereitet wurde diese Aktivität durch die auch von der polnischen Regierungspresse geförderte Berunglimpfung der Volkssturmspolitik des nationalsozialistischen Deutschlands. Das Schwergewicht der Agitation ist diesmal gegen den deutschen landwirtschaftlichen Besitzstand in den polnischen Westgebieten gerichtet. Auf polnischer Seite vertreten man die Ansicht, daß sich immer noch ein unverhältnismäßig großer Teil des Grund und Bodens nicht nur in Pommerschen und Posen, sondern auch in Ostober Schlesien in deutschen Händen befindet. Der Westverband hat durch die Veröffentlichung unkontrollierbarer Zahlen dafür gesorgt, daß sich in der polnischen Öffentlichkeit die Meinung verbreitet, daß es den Deutschen in Polen und Pommern während der letzten Jahre gelungen sei, ihren landwirtschaftlichen Besitzstand nicht nur zu behaupten, sondern durch systematische Ausfälle sogar zu vermehren. Daß es die amtlichen polnischen Stellen abgelehnt haben, die von einem gewissen Dworaczek zunächst im „Kurier Poznański“ veröffentlichten, dann aber auch u. a. von der „Gazeta Polska“ übernommenen Zahlen als richtig anzuerkennen, spielt für den Westverband keine Rolle. Der Zweck heißtigt die Mittel. Der Zweck ist die Verschärfung der wirtschaftlichen Existenzgrundlage des Deutschstums in den angeblich bedrohten Gebieten.

Bezeichnend sind in dieser Hinsicht die Entschlüsse, die auf den Generalversammlungen der pommerellen und schlesischen Bezirke des polnischen Westverbandes am 19. bzw. 26. Januar angenommen wurden. In der einen dieser Entschlüsse heißt es z. B.: „Die Hauptversammlung stellt fest, daß der wirtschaftliche Besitzstand des deutschen Elements in Pommern im Vergleich mit den zahlreichmäßigen Städten dieses Elements allzu groß und eine ausdrückliche Benachteiligung der polnischen Bevölkerung ist. Ihr Besitzstand an Grund und Boden, sowie in Industrie und Handel... zeigt geradezu von einer Privilegierung der deutschen Minderheit.“ In der anderen, auf der Katowitzer Tagung gefassten Entschließung finden sich u. a. folgende bezeichnende Sätze: „Unter Berücksichtigung des erdrückenden Übergewichts des deutschen Besitzstandes in der Landwirtschaft, sowie unter Berücksichtigung der besonderen Bedeutung, die der Landbesitz für die Erhaltung der Interessen des polnischen Staates besitzt, wendet sich die Tagung an die Behörden mit der Bitte um Parzellierung des Großgrundbesitzes und um Übergabe des parzellierten Landes an

polnische Siedler.“ Dann heißt es weiter: „Dadurch die Tagung mit Befriedigung die beträchtlichen Fortschritte in der Polonisierung der oberösterreichischen Industrieverwaltung hervorhebt, stellt sie fest, daß die völlige Sicherstellung der wirtschaftlichen Interessen des Staates auf dem Gebiete der schlesischen Großindustrie nur möglich ist durch die Nationalisierung des Kapitals, sowie dadurch, daß auf die leitenden Posten der Industrieverwaltungen nur Leute berufen werden, die mit der Idee der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung des polnischen Staates verbunden sind.“

Aus diesen Entschließungen geht deutlich hervor, daß die Besitz- und Lebensrechte der deutschen Volksgruppe in Polen nach der Auffassung des polnischen Westverbandes Dinge sind, die sich mit der polnischen Staatsraison nicht vereinbaren lassen. Es wird die verfälschte Einzahl staatlicher Mittel gegen die deutsche Volksgruppe gefordert. Den Deutschen wird das Recht abgesprochen, leitende Posten in der oberösterreichischen Industrie zu bekleiden oder als Siedler an der Verteilung des zu parzellierenden deutschen Grundbesitzes beteiligt zu werden. Das Vorhandensein eines noch verhältnismäßig gefundenen deutschen landwirtschaftlichen Besitzes, eines tüchtigen deutschen Genossenschaftswesens, einer deutschen Bevölkerung am gewerblichen Leben, einer Mitwirkung deutscher Kapitalismus an der ostoberösterreichischen Schwerindustrie wird vom Westverband als eine „Privilegierung“ der deutschen Volksgruppe, als eine „Benachteiligung“ des polnischen Staates und als eine „Gefahr“ für die Sicherheit des polnischen Staates bezeichnet. Das ist eine Auffassung, die logischerweise in die Forderung nach einer gewaltsamen Aussrottung des Deutschstums einmündet, und in deren Nachbarschaft sich das wehleidige Klagen über die angebliche „Unterdrückung“ des Polen in Deutschland durch den Erbhof, das Staatsbürgertum und das Arbeitsbeamtengesetz recht abgleckelt ausnimmt.

Die Frage, wie sich die polnischen Regierungsstellen zu einem Verband verhalten, der derartige Forderungen erhebt, ist auf den Tagungen des Westverbandes mit hinreichender Klarheit beantwortet worden. Auf der Tagung in Katowitz wurde u. a. auch folgende Entschließung gefaßt: „Die Tagung betont mit Anerkennung die besonderen Verdienste des langjährigen Machthabers des schlesischen Landes, des Herrn Wojciechow Dr. Michał Grajewski, hinsichtlich der Stärkung der Grundlagen aller Gebiete des polnischen Lebens in Schlesien. Sie dankt für die dem polnischen Westverband erwiesene Unterstützung und wendet sich gleichzeitig an sein Ehrenmitglied (Grajewski) mit der Bitte um weitere Unterstützung und Hilfe.“ Grajewski selber hob auf der Tagung, einem Bericht der „Polska Zachodnia“ vom 27. Januar folge, in einer Ansprache die besonderen Verdienste des Westverbandes hervor, dessen Tätigkeit er als „nützlich und weiterhin notwendig“ hinstellte.

Dass Grazyński dort, wo es sich um die Vernichtung des Deutschtums handelt, nicht bloß große Worte zu machen versteht, ist zur Genüge bekannt. Gehabt auf die vernichtende Macht der polnischen Regierung sind das Ergebnis seiner zehnjährigen Amtszeit. Aber nicht nur in der Industrie wurden die Lebensgrundlagen des oberösterreichischen Deutschstums durch die Haupthandlung dieses ehrenwerten Mannes und seiner Anhänger in den Reihen des Westverbundes und des Russisch-Österreicher-verbundes aufs schwerste erschüttert, sondern auch in den landwirtschaftlichen Besitztümern des dortigen Deutschstums sind während der letzten Jahre bereits schwere Einbrüche erfolgt. Das wird meist übersehen. Es sind, wie aus einem Bericht der im Jahre 1928 gegründeten Siedlungsgesellschaft „Staszak“ hervorgeht, in der Wojewodschaft Schlesien von dieser Gesellschaft und dem Okręgowy Urzad Ziemiński bisher über 20 000 Hektar an mehr als 9500 Siedler, davon im oberösterreichischen Teil der Wojewodschaft über 9000 Hektar an mehr als 4800 Siedler aufgeteilt worden. Zum weitaußen größten Teil hat es sich dabei um deutsches Besitztum gehandelt, das durch die Aufteilung in die Hände polnischer Siedler gelangt ist. Um sich ist der deutsche landwirtschaftliche Besitz im oberösterreichischen Teil der Wojewodschaft vorerst noch durch das Bemühen der Abkommen vor der Liquidierung und zwangsmässigen Aufteilung geschützt. Mit dem Ablauf des Abkommens im kommenden Jahr aber ist auch in diesem Teil Polens mit einem großangelegten Angriff auf den deutschen landwirtschaftlichen Besitzstand zu rechnen, — wenn es nicht etwa gelingt, zu einer neuen Vereinbarung auf diesem Gebiet zu gelangen. In Polen und Pommern ist der deutsche landwirtschaftliche Besitz dem polnischen Zugriff von seher schwach preisgegeben gewesen. Denn die fragwürdige Attitüde des Westverbundes, der mehrfach gegen die antideutschen Tendenzen der polnischen Agrarreform vorgezogen verachtete, kann man schwerlich als ein geeignetes Schutzmittel bezeichnen.

Die polnische Regierung scheint sich die Beuteparole des Westverbundes zu eigen zu machen. Darauf deutet der Parzellierungsplan hin, den der Ministerrat fürstlich für das Jahr 1937 aufgestellt hat. Wieder

werden, wie in früheren Jahren, die ehemals reichsdeutschen Gebiete von der Agrarreform am stärksten betroffen. Aus Privatbesitz sollen in der Wojewodschaft Pojen 20 000 Hektar und in Pommern 12 000 Hektar aufgeteilt werden. In den anderen Wojewodschaften sind zumeist erheblich geringere Privatflächen zur Aufteilung vorgesehen, und zwar: Lublin 11 500 ha, Warschau 11 000 ha, Tarnopol und Wolhynien je 8000 ha, Wilna, Nowogrodek und Lemberg je 7000 ha, Kielce 6000 ha, Bielsko 5000 ha, Boleścien 4000 ha, Krakau 2500 ha und Stanisław 2000 ha. Die besonders starke Heranziehung Polens und Pommerns, wo die Aufteilungsziffern dieses Mal höher sind als in den bisherigen Jahren, lässt es von vornherein als sicher erscheinen, dass hier zu einem neuen Beutezug gegen den deutschen landwirtschaftlichen Besitz gerüstet wird.

Wenn es den Deutschen der Westgebiete bisher noch gelungen ist, sich inmitten des allgemeinen wirtschaftlichen Verfalls auf einem Teil ihres alten Besitzes zu halten, so ist das ein glänzender Beweis für die Wurzelseigentum, die Heimatverbundenheit und die wirtschaftliche Tüchtigkeit dieser Deutschen. Gerade das aber bringt die patriotischen Gemüter gewisser polnischer Kreise in Wallung. Die Einsicht, dass es ihnen unmöglich ist, die Deutschen im freien Weitkreis der Kräfte aus ihrem angestammten Besitz zu verdrängen, veranlasst sie, ihre Flucht zu gelegentlich oder auch ungefährlichen Zwangsmitteln zu nehmen und nach dem Eintritt staatlicher Machtmittel zu rufen. Der Kampf um den Boden hat in den ehemals reichsdeutschen Gebieten von neuem begonnen. Als Räuber im Streit tritt wie schon so oft wieder der Westverbund auf den Plan. Er konzentriert seine Kräfte in diesem neuen Abschnitt des Kampfes auf Oberschlesien und Pommern. Er entfacht die öffentliche Meinung zum Kampf gegen das Deutschtum dieser Gebiete, indem er gegen dieses den Vorwurf der Alloqualität gegenüber dem polnischen Staate erhebt, solche und entstellende Berichte über die Lage der Polen in Deutschland verbreitet und von einer Gesündigung der polnischen Staatslichkeit spricht. Es bleibt ein Rätsel, wie man eine derartige Haltung mit einer normalen Weiterentwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen vereinbaren will.

„Kurier Poznański“ etwas verrückt

Die geistig um den endelischen „Kurier Poznański“ gruppierten Polener Studienverbündungen veranstalteten am 9. Februar in der Repräsentationshalle der Posener Messe eine „Meeresfeier“. Der Anlass hierzu war die 10. Wiederkehr des Tages, an dem Polen, ohne dass die Bevölkerung des betreffenden Gebietes nach ihrer Meinung gefragt worden wäre, den Zugang zum Meer erlangte, sowie die 10. Wiederkehr des Tages, an dem Odingen zur Stadt erhoben wurde. Bei dieser Gelegenheit wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die zur Meeresfeier in Posen am 9. Februar Versammelten stellen fest, dass die Politik unseres Staates unsre Brüder in den uralten polnischen Gebieten, im Stettiner Pommern (gemeint ist Pommern), in Oberschlesien und Schlesien helfen müssten. Wir fordern unseren Brüdern den Ausdruck unserer Hoffnung und fordern sie zum weiteren Aushalten auf. Wir stellen fest, dass unsre Rechte in Danzig, die uns durch Verträge zugesichert sind, weder auf wirtschaftlichem noch auf politischem Gebiet genügend ausgenutzt und geschützt sind. Wir fordern also, dass Danzig zur Achtung der polnischen Rechte gezwungen wird. Wir fordern die gesamte Bevölkerung in Danzig zu einer engeren Verbindung mit dem polnischen Volle auf, mit einem Volle, das über das Los dieser Bevölkerung wacht, die auf einem Polen steht, der durch Deutschland bedroht ist. Wir fordern Nationalisierung des Wirtschaftslebens unseres Küstengebietes und vor allem unseres Hafens Odingen, da eine jüdische und deutsche Expansion dort die Lebensinteressen unseres Volles bedroht. In der Überzeugung, dass die einzige Sicherung unseres Lebens als Volk unsre

Armee ist, fordern wir eine weit stärkere Berücksichtigung der Heeresbedürfnisse und besonders der Kriegsmarine als bisher. Eine starke Flotte nämlich ist die beste Garantie unseres Zuganges zum Meer. Wir fordern das gesamte Volk angehörs der Gefahren, die uns von dem gerüsteten Deutschland her drohen, zum Opfer für die Seerüstung auf.“

In Deutschland hat man für irrsinnigste Versündnis. Doch hat man den Eindruck, dass jedoch Scherze auf politischem Gebiet schlecht angebracht sind. Zu den einzelnen Punkten der Entschließung sei kurz folgendes bemerkt: 1. Von der brüderlichen Gefinnung der Bewohner Pommerns, Oberschlesiens und Schlesiens scheinen sich die Herren um den „Kurier Poznański“ recht übertrieben Vorstellungen zu machen. 2. Solange diese Herren nur von ihren Rechten in Danzig sprechen und darüber ihre vertraglichen Pflichten dieser deutschen Stadt gegenüber vergeben, kann man mit ihnen über das Danziger Problem nicht diskutieren. 3. Danzig weiss aus seiner glanzvollen und tambrischen Geschichte, dass seine Bedeutung stets um so grösser war, je enger es sich mit dem polnischen Volle verband. Das traurige Beispiel der Leitgeber kann die Danziger Deutschen nicht reizen. 4. Von wem sich das deutsche Danzig bedroht fühlt, das wird nicht in Polen, sondern in Danzig selber entschieden. 5. In der Forderung nach Nationalisierung des Wirtschaftslebens (mit staatlichen Zwangsmitteln) liegt das Eingeständnis einer bemerkenswerten Unfähigkeit der privaten polnischen Initiativen. 6. In begug auf den Ausbau der polnischen Kriegsmarine sind die Herren um den „Kurier Poznański“ über die Vorschläge, die der polnischen Regierung von bestimmter Seite gemacht worden sind, anscheinend nicht orientiert. Das ist auch nicht nötig.

Die Teschener Dreiwölzerecke

Ein bemerkenswertes Buch

Im Zusammenhang mit dem polnisch-tschechischen Streit um die Behandlung der im Gebiet von Teschener-Tschen und Mährisch-Ostrau anfalligen Polen hat sich auch die deutsche Deutlichkeit im vergangenen Jahre mehrfach mit der Teschener Frage befasst. Man kann nicht behaupten, daß die Kommentare, die gelegentlich zu den jeweiligen Tagesereignissen gebracht wurden, immer von besonderer Sachkenntnis zeugten. Das ist bis zu einem gewissen Grade verständlich. Denn ein Teschener Problem hat es für die Deutschen, die vor dem Kriege hinter den gesicherten Reichsgrenzen wohnten, eigentlich niemals gegeben; und in den Jahren unmittelbar nach dem Kriege, als das Teschener Gebiet zu einem Brandherd Europas aufflammte, war man im Reiche viel zu sehr mit den Sorgen innerhalb der eigenen Grenzen beschäftigt, um in dem Land, das sich zwischen der Ostrawica und der Biala erstreckt, ein interessierendes Streitproblem oder gar eine deutsche Chance zu sehen. Dazu kam, daß es über diese Frage weder im deutschen, noch in ausländischen politischen Schriften eine wirklich brauchbare Darstellung gab. Dieser Mangel ist jetzt durch ein umfangreiches Werk von Kurt Witt „Die Teschener Frage“ behoben. (Volk und Reich Verlag, Berlin 1936.)

Das Teschener Land vor dem Kriege

Die Teschener Frage hat als Problem der europäischen Politik eine volkspolitische und wirtschafts- und verkehrspolitische Seite. Im folgenden seien in Anlehnung an das Buch von Kurt Witt die volkspolitischen Tatsachen des Teschener Landes, des alten Herzogtums Teschen oder Ostschlesiens, wie es als ehemals österreichisches Verwaltungsgebiet genannt wurde, skizziert. In Ostschlesien wurden bei der österreichischen Volkszählung von 1910, der letzten Zählung vor dem Kriege, etwa 435 000 Einwohner gezählt. Sie verteilen sich in den vier Gerichtsbezirken, in die das Verwaltungsgebiet damals eingeteilt war, auf die einzelnen Nationalitäten wie folgt:

Gerichtsbez.	Polen	Tschechen	Deutsche
Bielsk	60 148	799	32 775
Freiberg	15 093	80 491	11 944
Freistadt	75 402	28 103	15 159
Teschen	77 147	6 204	17 045
Ostschlesien	238 850	115 597	76 923

Hinzu kamen noch 7854 Staatsfremde und 297 Angehörige anderer Nationalitäten. Demnach handelte es sich bei dem damaligen Verwaltungsgebiet Ostschlesiens um ein ausgesprochenes Dreiwölzergebiet, in dem die bei der Volkszählung als „Polen“ Bezeichneten etwa 54 v. H. die Tschenen etwa 27 v. H. und die Deutschen etwa 18 v. H. der Gesambevölkerung ausmachten. Es muß jedoch gleich hinzugefügt werden, daß es sich bei den als „Polen“ Bezeichneten in der Hauptsache um Słonzenki handelt, also um eine Bevölkerungsschicht, die, dank ihrer geschichtlichen Entwicklung in ständiger und enger Führung mit dem bodenständigen Deutschium, von einem durchaus eigenen Stammbewußtsein erfüllt ist, und in der sich gerade in den letzten beiden Vorriegs-Jahrzehnten eine große Bereitschaft zur völligen Einordnung in den deutschen Kulturreis feststellte. Leider brachte man dieser deutschfreudlichen Tendenz der Słonzenki weder im Teschener Deutschium selbst, noch in Wien, wo in den möggebenden Amtsräten das Polentum Triumph war, das notwendige Verständnis entgegen. Die geschichtliche Gemeinschaft im schlesischen Raum, die erst durch die Kriege Friedrichs des Großen gebrochen wurde, die sprachliche Sonderstellung und die beachtliche Kulturbreite des Landes trennten die Słonzenki von den benachbarten galizischen Polen.

Doch machte sich bereits längere Zeit vor dem Kriege, ähnlich wie in Ostschlesien, auch im Teschener Lande eine nationalpolnische Bewegung bemerkbar. Sie

wurde wie dort in der Hauptsache von Landfremden Elementen getragen, die, im Zusammenhang mit der raschen Industrialisierung, von Polen aus dem vor allem die Bezirke Freistadt, Schlesisch-Ostrau und Oderberg (wie auch den westlich anschließenden Mährisch-Ostrau Bezirk) überwemmten und, als ein sozial und kulturell tiefstehendes Element, dem Einfluß radikaler politischer Ideen besonders leicht zugänglich waren. Auch das Teschener Land erholt in dieser Zeit Jugos aus seinen Stammgemeinden in Böhmen und Mähren. Doch handelte es sich hierbei vielfach um Beamte und sonstige Angehörige der Intelligenz. Nach der Umgangssprache verteilten sich die Polen-Słonzenki und die Tschenen vor dem Kriege etwa folgendermaßen: Die Bezirke Bielsk und Teschen sowie die östliche Hälfte des Bezirks Freistadt waren eindeutig polnisch-Słonzenki; der größte Teil des Bezirks Freiberg und einige westliche Randgemeinden des Bezirks Teschen waren ebenso eindeutig tschechisch; die besonders industriereiche Nordwestecke Ostschlesiens dagegen war ebenso wie der westlich anschließende Bezirk Mährisch-Ostrau ein Gebiet, in dem sich die beiden Volksgruppen unentwirbar verzweigten. Als dritter Bevölkerungssteil kam noch das Deutschtum hinzu; es lag und liegt noch heute besonders in den Städten des Landes und deren Umgebung: Bielsk, Skotthau, Teschen, Friedberg, Freistadt, Oderberg, Oderburg, Wittowitz, Mährisch-Ostrau usw. (Bielsk ist noch heute die einzige Stadt Polens, die eine deutsche Mehrheit aufweisen kann).

Volksschlüsselung oder nicht?

Aus der nationalen Zusammensetzung des Landes ergibt sich, daß die Polen ihren Anspruch auf das Teschener Land, als mit dem Zusammenbruch Habsburgs die Frage der staatlichen Zuteilung des Landes aufkam, von der Volksschlüsselung her zu begründen versuchten, wobei sie sich natürlich sehr hüteten, die stammliche Besonderheit des bodenständigen Słonzenki-Elementes anzuerkennen. Die Tschenen konnten allenfalls in bezug auf das westliche Viertel des Landes mit dem völklichen Argument operieren; sie gingen es daher vor, ihre Zulastung zu jenen merkwürdigen historischen „Argumenten“ zu nehmen, die aus dem tschechischen Kampf um die sudetendeutschen Gebiete hervordrangen bekannt sind. Der ererbte Streit, der nach dem Kriege zwischen Polen und der Tschechei um den Besitz des Teschener Landes geführt wurde, wird von Kurt Witt in seinem Buche in allen seinen dramatischen Einzelheiten beschrieben. Nur einige Episoden, die für das völkliche Gesicht dieses Landes bestimmt sind, seien erwähnt: Ende September 1919 beschloß der Oberste Rat in Paris, in dem strittigen Gebiet eine informatorische Volksabstimmung durchzuführen. Die Polen hatten einen abdingbaren Antrag gestellt. Aber ihnen war, als der Rat dann in ihrem Sinne entschieden hatte, durchaus nicht wohl zumute. Es lag ihnen trog der schönen statistischen Tabellen, die für sie zu sprechen schienen, gar nichts daran, die Probe aufs Exempel zu machen. Sie hatten den Antrag auf Volksabstimmung in Wirklichkeit nur gestellt, um Zeit zu gewinnen. Jetzt, wo es mit der Abgabe eines nationalen Ernstes ernst zu werden verprach, zeigte es sich, wie wenig innere Verbundenheit zwischen den Słonzenki und den Polen bestand.

Die Słonzenki begaben sich nämlich in eine ausgesprochene Abwehrstellung gegen die Polen. Die von der Kada Narodowa organisierten Worbabanden, die sich in der Hauptsache aus der zugewanderten galizischen Arbeiterschaft rekrutierten, taten das Ihre, um den Słonzenki einen Vorsprung der polnischen Staatlichkeit zu geben, in die sie eingefügt werden sollten. Es war unter diesen Umständen kein Wunder, daß sich aus politischer

Werb für „Ostland“!!

Selte immer mehr Stimmen sachkundiger Männer erhoben, die dazu rieten, es zu keiner Volksabstimmung kommen zu lassen. Am 13. April 1920 schrieb der Beauftragte des Warschauer Außenministeriums in Teschen, Dr. Günther, an seine Regierung: „Wenn das Plebisit stattfinden sollte, werden wir alles verlieren.“ Der ehemalige polnische Staatsbeauftragte in Teschen, Jarmorski, sprach am 19. April 1920 in Lemberg in einer öffentlichen Versammlung davon, daß eine Volksabstimmung für Polen „eine Niederlage von unberechenbaren Folgen“ sein werde. Einem Bericht der Katowicer „Gazeta Robotnicza“ vom 27. Mai 1920 zufolge befand der damalige polnische Außenminister Patel im Sejm, daß er eine Volksabstimmung in Teschen vom polnischen Standpunkt aus nicht mehr für durchführbar halte. Und im Juni desselben Jahres trat derselbe Minister vor dem Botschafterrat ganz entschieden dem Gedanken einer Volksabstimmung entgegen. Es ist dann bekanntlich auch zu seiner Abstimmung gekommen. Im Teschener Land herrschte der Terror. Blödungen, Überfälle, Morde waren an der Tagesordnung. Die interalliierten Truppen, die das Land besetzt hatten, waren nicht mehr imstande, für die Aufrechterhaltung des Friedens zu sorgen; sie hatten Mühe, hinter Stacheldraht und Maschinengewehren ihr eigenes Leben zu sichern. Am 28. Juli 1920, während Polen in sein Kriegsabenteuer mit den Bolschewiken verwickelt war, wurde das Land durch einen Spruch der Botschafterkonferenz unter die beiden Partner geteilt.

Nationale Verschiebungen in Tschechisch-Teschen

Die Teilung hatte unmittelbar erhebliche Verschiebungen in der nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung auf beiden Seiten der neuen Grenze zur Folge. Zahllose Angehörige und Sympathisierende der beiden Parteien flohen aus Furcht vor der Rache des Gegners über die Grenze, um Zuflucht im anderen Teil ihres gereizten Heimatlandes zu suchen. Der kulturelle Zusammenhalt mit den böhmenstädtigen Deutschen, den die Słonjaken gepflegt hatten, wurde zerrissen. Die slonjatische Heimatverlagerung verlor ihre Führer. Diese mußten entweder das Land verlassen, oder sie gingen ins tschechische Lager. So war die Masse des Słonjakentums schließlich den Einwirkungen und dem Drud der Polier ausgesetzt, deren Staaten sie zugestellt worden war. Ein übriges taten dann die bekanntlich slychischen Jährlinge, um das statistische Bild der Nationalitätenverhältnisse in den beiden Hälfte des Teschener Landes zu korrigieren. Die Verschiebungen, die auf diese Weise im Zahlenbild eintraten, lassen sich aus nachstehender Aufstellung hervor. In dem der Tschechei zugesprochenen Teil des Teschener Landes gab es

	Tschechen	Polen	Deutsche
1910	114 800	145 700	44 100
1921	177 600	69 800	23 000

In diesen Angaben sind die Staatsfremden nicht enthalten. Deren Zahl ist für das Jahr 1921 sehr beträchtlich: 36 878. Unter diesen als staatsfremd gekennzeichneten Personen befanden sich 17 645 Polen und 3 367 Deutsche. Aber auch wenn man diese Zahlen zu denen der obigen Tabelle hinzählt, ergibt sich ein ganz erhebliches Ansteigen der in der Statistik als „Tschener“ angeführten Personen auf Kosten der Deutschen und Polen. Rechnet man die deutschen und polnischen Staatsangehörigen den entsprechenden Nationalitäten hinzu, so hat es nach der tschechischen Statistik im Jahre 1921 in Tschechisch-Teschen etwa 26 400 Deutsche und etwa 86 900 Polen gegeben. Diese letzteren verteilen sich auf die eingetragenen Gemeindegrenzen wie folgt:

Schlesisch-Ostrau	4 100	Brüder	700
Oberberg	8 000	Teschen	18 000
Freistadt	36 500	Gablonz	19 500

Zu diesen Polen des Teschener Gebietes sind noch diejenigen des benachbarten Bezirkes Mährisch-Ostrau hinzuzu-

zählen. Unter den 362 000 ortsanwesenden tschechoslowakischen Staatsangehörigen sind dort im Jahre 1921 nur 1595 als Polen ausgewiesen worden; außerdem hat es unter den fremden Staatsangehörigen aber noch etwa 8500 Polen gegeben. Da es außerhalb des Teschener Landes und des Bezirkes Mährisch-Ostrau in der Tschechei keine nennenswerte Zahl von Polen gibt (nur in den Bezirken Bips und Aroa gibt es noch einige tausend), hat nach Angabe der tschechischen Volkszählung von 1921 das Polentum in der Tschechei insgesamt rund 100 000 Seelen gezählt. Das bedeutet gegenüber 1910 einen Rückgang um ein reichliches Drittel. In den inzwischen verlorenen unterhalb Döbtschen befinden sich zweifellos noch weitere bedeutende Verschiebungen zugunsten des Tschechentums auf Kosten des Deutschen und vor allem des Polentums eingetreten. Neuere aufbereitete Zahlenangaben liegen hierüber nicht vor.

Veränderungen in Polnisch-Teschen

Auch in dem polnisch gewordenen Teil des Teschener Landes hat sich nach der Teilung manches geändert. Der zahlmäßig gewinnende Partner ist hier natürlich das Polentum gewesen. Tschechen hat es stetig die Orla, die heute die Grenze bildet, niemals in größeren Mengen gegeben. 1910 sind es nur knapp 1000 gewesen. Sie haben das Land nach der Teilung nahezu restlos verlassen. Ein tschechisches Element ist hier also nicht mehr vorhanden. Die relative Stärkung des Polentums ist demnach, soweit sie nicht auf die recht beträchtliche Zuwanderung aus Galizien und Kriegsgefangenen zurückgeht, auf Kosten des Deutschen und des mit diesem sympathisierenden Słonjakentums erfolgt. Die polnische Nationalitätenstatistik von 1921 und die Muttersprachentatistik von 1931 weisen folgende Entwicklung auf:

Bezirk	Polen		Andere	
	1921	1931	1921	1931
Bielitz Stadt	4 600	9 800	34 000	25 500
Bielitz Land	40 400	53 200	11 200	9 600
Teschen	65 600	78 200	7 500	3 200
Polnisch-Teschen	110 600	141 200	34 000	25 500

Bei den „Anderen“ handelt es sich fast ausschließlich um Deutsche. Der deutsche Anteil, der vor dem Kriege noch etwa ein Drittel der Bevölkerung des später an Polen gekommenen Landestelles ausgemacht hatte, ist nach Ausweis der polnischen Zählung von 1931 auf etwa ein Sechstel zusammengeschrumpft. Doch sind die Angaben der polnischen Zählung (ebenso wie der tschechischen) zweifelsohne zu niedrig geprägt; immerhin ist zu bedenken, daß sich heute das jüdische Element sowohl diesseits wie jenseits der Orlagrenze vom Deutschen, mit dem es früher zusammenging, losgemacht hat.

Die Słonjaken als entscheidender Faktor

Die völkischen Verhältnisse des Teschener Landes sind auch nach der „Bereinigung“, die im Anschluß an die Teilung erfolgte, noch lange nicht zur Ruhe gekommen. Es wird, wenn von den volkspolitischen Fragen dieses Landes die Rede ist, fast stets nur von der Angelegenheit der polnischen Volksgruppe in Tschechisch-Teschen gesprochen. Ueber dieser politisch im Vordergrund stehenden Angelegenheit wird in der Regel vergeben, daß das Teschener Land beiderseits der neuen Grenze auch noch eine festgefügte deutsche Volksgruppe aufweist, die auf eine sieben Jahrhunderte alte glanzvolle Geschichte zurückblicken kann. Und vergeben wird zumeist auch, daß es dort einmal eine slonjatische Bewegung gegeben hat, die, von der Masse der böhmenstädtigen Bevölkerung getragen, auf dem Wege zum Deutschen begriffen war, eine Bewegung, die heute wohl ihre Führer verloren hat und vor allem auf polnischer Seite scharf unterdrückt wird, die aber durchaus noch nicht tot ist. Die völkische Zukunft des Teschener Landes wird davon abhängen, ob es den Słonjaken, die neben den Deutschen die eigentlich Heimatberechtigten sind, gelingen wird, ihre Stammesart zu bewahren und sie gegebenenfalls politisch zu aktivieren.

Dr. K.

Die Drosselung des Durchgangsverkehrs

Schon im vergangenen Jahre wurde von polnischer Seite mehrfach klage darüber geführt, daß das Deutsche Reich mit seinen Zahlungen für den Transitverkehr durch den Korridor rückständig sei. Auch bei den Wirtschaftsverhandlungen des vorigen Jahres wurde gelegentlich die Möglichkeit einer Aufzehrung der eingeforderten polnischen Forderungen aus dem deutschen Transit von und nach Ostpreußen berührt. Es stellte sich aber heraus, daß das Deutsche Reich mit Rücksicht auf seinen Devisenbestand nicht in der Lage ist, die hohen Beiträge, die ursprünglich auf etwa 60 Millionen Goldtaler aufgelaufen sind, zu übernehmen. Gegenüber der obzwölfjährigen Berichterstattung gewisser polnischer Blätter muß von vornherein klargestellt werden, daß hier nicht von einer Verweigerung der Zahlung, sondern nur von einer Schwierigkeit der Transferierung die Rede sein kann. Das hat auch der polnische Außenminister lebhafte haushaltssachlich des Senates ausdrücklich betont.

Deutschseits hat von jeher die Bereitschaft bestanden, die polnischen Forderungen aus dem Korridortransitverkehr durch Warenlieferungen oder Dienstleistungen zu begleichen. Aber polnischerseits hat man sich darauf versteift, Bezahlung in Devisen zu fordern. Einerseits befürchtet man, eine vermehrte Einfuhr deutscher Waren auf dem polnischen Markt nicht unterbringen zu können; und andererseits braucht man das Geld, um die Lüder und schadhaften Stellen im Staatsländer zu stopfen. Deutschseits hat man für diese polnischen Hinweise volles Verständnis. Man hat sich dementsprechend bemüht, dem polnischen Partner die Lieferung solcher Waren vorzuschlagen, die einerseits den polnischen Binnenmarkt nicht belasten und andererseits obnein aus dem Ausland auf Kredit eingeführt werden. Leider hat es die polnische Regierung vorgezogen, auch von diesem Angebot keinen Gebrauch zu machen und die betreffenden Au'träge in andere Länder zu geben. Mit der Bezahlung in Devisen aber wird es auch weiterhin eine Schwierigkeit haben. Dr. Schacht gibt nicht mehr, als er hat.

Auf die seit einiger Zeit erfolglos geführten Verhandlungen glaubte man polnischerseits, durch die Drosselung des deutschen Transitverkehrs durch den Korridor einen Druck ausüben zu können. Nachdem bereits vorher einige Potsdamer Sensationsblätter das Gerücht verbreitet hatten, daß die deutsche Durchfahrt durch den Korridor völlig gesperrt werden würde, trat am 7. Februar 0.01 Uhr eine Verordnung des polnischen Verkehrsministers in Kraft, durch die der Personen- und Güterverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reich erheblich eingeschränkt wurde. Bis dahin verkehrten auf den fünf „privilegierten“ Durchgangsstrecken täglich elf Schnellzugs- und zwei Personenzugpaare. Auf Grund der polnischen Verordnung kamen hier nun fünf Schnellzugpaare und ein Personenzugpaar in Königsberg. Der Durchgangsverkehr auf der Strecke Dt.-Königsl.-Bromberg-Schneidemühl mußte völlig eingestellt werden. Ferner wurde der Durchgangsverkehr für Sonder-, Bedarfs- und Ausflugszüge gänzlich gesperrt. Auch im Güterverkehr traten wesentliche Beschränkungen ein. Sie fallen mehr ins Gewicht als die Einschränkungen des Personenverkehrs.

Deutschseits wurden sofort Gegenmaßnahmen in die Wege geleitet. Für die Abwidlung des Personenverkehrs zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reich wurde der sonst im Winter aussehende „Seedienst Ostpreußen“ herangezogen, der nicht nur den normalen Reiseverkehr zu unterstützen, sondern auch den störfreien Reiseandrang, wie die Kraft-durch-Greude-Fahrten, zu bewältigen hat. Der Güterverkehr mußte gleichfalls auf den See weg umgelenkt werden. Ein ausreichender Schiffsport stand zur Verfügung. Um zu verhindern, daß die durch die Beschränkung des Durchgangsverkehrs verursachte stärkere Inanspruchnahme der noch zur

Verfügung stehenden Verkehrsmittel zu einer unerwünschten Preissteigerung führt, wurde jede Tarif erhöhung im Ostpreußenverkehr (von bestimmten, genehmigungspflichtigen Ausnahmen abgesehen) verboten.

Beide Partner haben ein Interesse an einer möglichst baldigen Vereinigung dieses Falles. Und beide Teile sind davon überzeugt, daß der hier bestehende Meinungsgegenstand kein ernstliches Hindernis für den weiteren Ausbau der Beziehungen bilden darf. Auf polnischer Seite füllt es unangenehm auf, daß die Unvermarktbarkeit der deutschen Deftlichkeit plötzlich wieder auf die Tatfrage hingeworfen wird, daß Ostpreußen in seinem territorialen Zusammenhang mit dem übrigen Reichskörper steht, und daß auch das Ausland plötzlich wieder vom Korridor spricht. Man darf hierzu wohl bemerken, daß nicht die eingeforderten 60 Millionen, sondern die Maßnahmen des polnischen Verkehrsministers die seit einigen Jahren versummten Distorsionen im Ausland wieder in Fluß gebracht haben.

Da die Frage des deutschen Durchgangsverkehrs durch den Korridor nun schon einmal auftaucht, ist die Gelegenheit gegeben, gewisse Einzelfragen dieses Verkehrs zu besprechen. Von deutscher Seite wird z. B. darauf hingewiesen, daß die polnischen Durchgangstarife, die seit 1921 nicht mehr geändert worden sind, unverhältnismäßig hoch sind und billigerweise herabgesetzt werden müssen. Auf polnischer Seite scheint man sich mit der Unmöglichkeit, die Beträge für den Durchgangsverkehr in Devisen beizahlt zu erhalten, allmählich veritiat zu machen. Die Kreise, die es gerne sehn würden, wenn über der Transitfrage die mit dem Gewaltverzichtspakt eingeleitete Politik einer deutsch-polnischen Annäherung in die Brüche ginge, befürworten eine weitere Drosselung oder gar völlige Abwürfung des deutschen Durchgangsverkehrs. Den verantwortlichen polnischen Kreisen scheint man jedoch erheblich nüchterner zu denken. So hieß es z. B. in dem dem Ministerpräsidenten Kossakowski nachstehenden „Kurier Polonii“: „Es handle sich nicht darum, daß Deutschland aufhöre, den polnischen Transit zu benutzen, sondern darum, daß es ihm sich auch weiterhin dienstbar mache, und daß es ihn bezahle. Deutschland könnte sich einfach seinen Transit durch den Korridor auf Ausnahmen beschränken und ihn auf den Seeweg umleiten, der zwar länger und in den meisten Fällen mit Rücksicht auf die Umladekosten auch kostspieliger sei. Aber das Reich würde in einem solchen Falle trotzdem gewinnen, weil es einen bedeutenden Betrag an Baluten einsparen und zugleich eine große Breche in die polnische Zahlungsbilanz schlagen könnte. Der „Kurier Polonii“ macht dann den Vorschlag, die Forderungen, die Polen aus dem Durchgangsverkehr an Deutschland zu stellen hat, mit den Beträgen zu kompensieren, die Polen an die deutschen Schiffsgesellschaften zu zahlen hat, die im Frachtdienst Danzigs und Gdingens eine erhebliche Bedeutung beijagen. Wenn das nicht ausreichen sollte, heißt es dann weiter, hätte Polen noch die Möglichkeit, sich an den in Polen reichlich vorhandenen deutschen Vermögensobjekten schadlos zu halten. Gegenüber diesen Vorschlägen muß festgestellt werden, daß ein solches Vorgehen von polnischer Seite naturgemäß ein entsprechendes Vorgehen gegen die Vermögensobjekte und Forderungen polnischer Staatsbürger in Deutschland hervorrufen müßte. Vergeltungsmaßnahmen pflegen eine Schraube ohne Ende zu sein. Wer sie anwendet, beginnt sich auf einen Weg, dessen Ziel er nicht abheben kann. Die Energie, die man auf sie verwendet, macht sich in den meisten Fällen wenig bezahlt. Grundsätzlich gilt hinsichtlich der Bezahlung des deutschen Durchgangsverkehrs zweierlei: 1. Deutschland will zahlen, aber es kann nicht in Devisen bezahlen. 2. Deutschland trägt an der territorialen Regelung, aus der die gegenwärtigen Schwierigkeiten hervorgegangen sind, keine Schuld.“

Beck meldet Polens Kolonialforderung an

Am 29. Juni v. J. hielt General Sosnowski auf dem „Fest des Meeres“ in Gdingen eine viel beachtete Rede. Er berührte darin u. a. auch die Frage überseelischer Kolonien für Polen: „... Es ist schwer zu bestreiten, daß alle egoistischen Programme die Gefahr in sich bergen, daß sie die Aufmerksamkeit der Volksgemeinschaft von dem absprechen können, was am dringendsten ist und was im eigenen Hause vor allem der Erledigung harrt. Und doch muß, wenn unser Staat stark und groß werden soll, der polnische Gedanke stark genug sein, um über die Meere fern, egoistische Gebiete zu streben. Die Frage der Kolonien muß auf die Tagesordnung gestellt werden, im Innern durch die Schaffung einer starken Strömung der öffentlichen Meinung, nach außen durch die Dokumentierung der Rechte und Bedürfnisse des sich überwölfenden Polens...“ Seit dieser Rede, in der Sosnowski ankündigte, daß Polen sich bei günstiger Konjunktur mit der Forderung nach überseelischen Kolonien einstellen werde, hat sich auf dem Gebiete der Kolonialpolitik der europäischen Mächte vieles ereignet. Mit Spannung hat Polen die unvermeidlichen Rückwirkungen des abendländischen Konfliktes auf die Frage der Neuverteilung der afrikanischen Kolonialgebiete verfolgt. Im stillen hat es die Hoffnung, daß aus diesem Konflikt an irgendeiner rohstoffreichen Ecke des schwarzen Kontinents ein Heim Land für die politischen Bedürfnisse herauspringen werde. Polen hat sich in der Kolonialfrage gleichsam an die Versen Deutschlands gehetzt.

Ende Januar gemahnte der Führer und Reichskanzler einer Vertreterin des „Paris Soir“ eine Unterredung, in deren Verlauf er die Forderung Deutschlands nach Kolonien berührte. Einige Tage darauf kam auch der polnische Außenminister Oberst Beck im Hausausschluß des Warschauer Senats auf die Kolonialfrage zu sprechen: „Ich glaube, daß eine neue Konzeption des Kolonialproblems im Reisen begriffen ist. Sir Samuel Hoare hat gesagt, er sehe die Notwendigkeit und Möglichkeit einer internationalen Verständigung sowohl über die Verteilung der Rohstoffquellen als auch über die Verwendung der menschlichen Arbeit auf der Welt ein. Der englische Außenminister vertritt den Standpunkt, daß man dies auf dem Wege einer friedlichen Verständigung verlufen müsse. In Genua betonte ich in entsprechender Form, daß wir uns vorbehalten, auf diese Frage in Zukunft zurückzukommen. Bei der Behandlung dieses Problems auf dem Wege der internationalen Verständigung wird unser Staat selbstverständlich die gleichen Rechte und die gleichen Möglichkeiten haben, seine

Interessen zu befriedigen.“ Daraus geht hervor, daß Polen in der Kolonialfrage auf Genser Boden bereits vorgeführt hat. Es ist jedenfalls damit zu rechnen, daß Polen in dem Augenblick, in dem die Frage aufhören wird, lediglich eine Angelegenheit der Propaganda und theoretischer Erörterungen zu sein, ebenso wie Deutschland und Italien mit präzisierten Forderungen hergerichtet werden.

Anfang Februar setzten sich im englischen Unterhaus einige Abgeordnete für eine Auflösung der Kolonialfrage ein. König George führte aus: Er sei nicht dafür, daß Teile des britischen Weltreiches fortgelassen würden. Aber er behauptete, daß die durch den Vertrag von Versailles Deutschland genommenen Gebiete nicht als Besitzungen an die betreffenden Mächte verteilt worden seien, sondern daß das Recht, über sie zu verfügen, beim Völkerbund liege. Jedenfalls befanden sich diese Gebiete in einer anderen Rechtslage als die übrigen Besitzungen des britischen Reiches. Man sei übereingekommen, diese Gebiete England nur als Mandate und nicht als gesetzliche Besitz zu übergeben. Er glaubte nicht, daß es Frieden in der Welt geben werde, ehe nicht die Frage einer Neuverteilung der Mandate erwonnen werden sei. Einige Tage darauf jedoch erklärte der englische Kolonialminister Thomas in endlicher Form, daß England zu einer Neuverteilung des Kolonialbesitzes keinen Beirat zu leisten gedente, und daß die britische Regierung die Übertragung irgendwelcher britischer Kolonial-, Mandats- oder Protektoratsgebiete an andere Mächte weder erwogen habe noch erwäge.

Snageheim scheint man in London daran zu denken, die Kolonialforderungen der rohstoffarmen, überwölferten europäischen Staaten für den Fall, daß sie eines Tages doch nicht so einfach beiseite schließen lassen sollten, auf den Besitz anderer Staaten, etwa Portugals oder Hollands, abzulenken. Doch ergibt sich aus der ganzen Lage der Dinge, daß sich die Frage einer Neuverteilung der kolonialen Rohstoffgebiete und Abfahrtmärkte in erster Linie auf die hemelschmalen Kolonialgebiete bezieht. Diese Tatsache gibt der polnischen Forderung nach überseelischen Besitzungen eine besondere Note. Es verleiht sich von selbst, daß, wenn diese Angelegenheit einmal aufgerollt wird, der ehemalige und rechtmäßige Besitzer, also Deutschland, ein wohlbegündetes Recht darauf hat, daß seine Kolonialforderungen vorbringlich berücksichtigt werden. Denn schließlich wäre das Unrecht des Kolonialraubes nicht dadurch geheilt, daß dritte Mächte den Raub anderweitig verteilen.

Danzig nach dem Genser Bericht

Als Senatspräsident Greiser nach Genua fuhr, standen die Zeichen auf Sturm: Der Völkerbundskommissar Lester hatte zu einem großen Schlag gegen die nationalsozialistische Regierung der freien Stadt ausgeholt. Die in Genua versammelten Mächte, mit Eden und Litwinow an der Spitze, waren enttäuscht, daß kleine Danzig ihre erdrückende Übermacht fühlen zu lassen. Die oppositionellen Parteifunktionäre in Danzig hatten einen Grund, sich nahe am Ziel ihrer Wünsche zu glauben. Aber schließlich verließen die Dinge in Genua doch wesentlich anders, als die Leute es sich vorgestellt hatten. Das Ergebnis war ein Bericht des Völkerbundes, der sich in seinen Schlussholgerungen darauf beßchränkte, der Danziger Regierung in einigen Einzelfragen (hinsichtlich des Ehrenschutzes der nationalen Verbände, der Strafrechtsreform usw.) gewisse Vorschriften zu machen und im übrigen in einigen unklaren Sätzen, die das Verhältnis des Völkerbundes und Polens zu Danzig betrafen, versuchte, das Prestige des Rates und seines Danziger Exponenten zu wahren. Der in Genua ur-

spünglich verfolgte Plan eines schroffen Diktates wurde fallen gelassen.

Das war nicht zuletzt der Erfolg der energischen Haltung des Senatspräsidenten, der es verstand, die in Genua mägebenden Leute davon zu überzeugen, daß der Beruf, der freien Stadt ein Diktat aufzuwerfen, eine ausgesprochene Kampfstellung der Danziger Bevölkerung gegen den Völkerbund hervorrufen müsse. Greiser gab zu verstehen, daß er unannehbare Forderungen mit seiner sofortigen Abreise aus Genua beantworten werde. Er kündigte an, daß er in einem solchen Falle von seinem Posten mit der ausdrücklichen Begründung zurücktreten werde, daß Genua die Arbeit einer aufbauwilligen Regierung in Danzig unmöglich mache. Er verswies darauf, daß dann in Danzig u. U. Neuwahlen stattfinden würden, die die NSDAP in die ausdrucksvolle Lage versetzen, mit der Parole: Gegen den Völkerbund! in den Wahlkampf zu gehen. Und schließlich teilte er mit, daß er bereits jetzt die Zusicherung der

höchsten Stellen der NSDAP im Reiche bekleidet sich für einen etwaigen neuen Wahlkampf in Danzig rücksichtslos zur Verfügung zu stellen.

Gegenüber dieser ebenso einfachen wie überzeugenden Beweisführung des Senatspräsidenten wurden die anfangs so starken Männer von Genf weich in den Knieen. Denn schließlich wäre eine Volksabstimmung unter einer solchen Parole für eine Einrichtung wie den Bölkerverband wohl das Beinlichste, was ihr passieren könnte. Der Bölkerverband hat allen Grund, die nationalsozialistische Regierung der Freien Stadt nicht noch weiterhin durch seinen Kommissar provozieren zu lassen. (In Polen wird man übrigens gut daran tun, diese Feststellungen entsprechend auch auf sich anzuwenden.) Es läge in seinem wohlverstandenen Interesse, seinem Kommissar für die Zukunft eine weitgehende Zurückhaltung in den Fragen der Danziger Innenpolitik anzuraten.

Die nationalsozialistische Regierung der Freien Stadt kann sich niemals damit einverstanden erklären, daß irgend ein Kommissar unter dem Vorwand, für die Erhaltung der angeblich bedrohten Verfassung einzutreten zu müssen, in Danzig eine Art Nebenregierung auftrittet. Die Regierung hat zu erkennen, daß sie nach der Genfer Tagung noch wie vor dazu entschlossen ist, den staatsfeindlichen Vertretungsfunktionären der Danziger Opposition eine Behandlung zuteil werden zu lassen, wie sie von den verantwortungsbewußten Regierungen aller Staaten derartigen Elementen gegenüber angewandt wird. Die Vorgänge, die sich in Genf hinter den Kulissen abgespielt haben, geben ihr hierzu mehr denn je das moralische Recht. Senatspräsident Greiser ist in seinem Rechenschaftsbericht, den er am 31. Januar in drei Massenvergabungen vor der Danziger Bevölkerung abgelegt hat, über einige sehr bezeichnende Einzelheiten der Genfer Kulissenarbeit

der Oppositionsfunktionäre berichtet: Die Leute haben es fertig gebracht, sich an einflußreiche Kreise des Bölkerverbands mit dem Erfache zu wenden, entgegen dem rechtsträchtigen Urteil des Danziger Obergerichtes die Wahlen vom April v. J. für ungültig erklären und die dann notwendigen Neuwahlen unter dem Schutz einer vom Bölkerverband zu entsendenden internationalen (also wohl einer polnischen) Polizeitruppe stattfinden zu lassen. Sie haben ihre Genfer Söhne weiter gebeten, dafür zu sorgen, daß die Danziger Regierung durch einen Machtspruch des Bölkerverbands gestürzt und durch ein — natürlich aus Gegnern des Nationalsozialismus bestehendes — „Direktorium von Köpfen“ ersetzt werde, an dessen Spitze ein besonderer Vertrauensmann des Bölkerverbands gesetzt werden sollte.

Diese Bitten blieben jedoch unerfüllt, weil die, on die sie gerichtet waren, wohl das richtige Empfinden gehabt haben mögen, daß ihre Erfüllung den gesamten Fragenkomplex des Danziger Statutes aufgerollt hätte. Wenn die Oppositionsfunktionäre wirklich so fest davon überzeugt sind, daß sie die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich haben, wie sie es seit Monaten in ihrer Presse verkünden, dann kann man sich nur darüber wundern, daß sie sich bisher noch immer nicht dazu entschließen vermögen, die ihnen zur Herbeführung von Neuwahlen zur Verfügung stehenden verfassungsmäßigen Mittel des Volksgeherens und des Volksentscheides anzuwenden. Sie haben sich nicht deshalb an den Bölkerverband gewandt, weil sie kein anderes Mittel mehr haben, um zu ihrem vermeintlichen Recht zu gelangen, sondern weil sie im tiefsten Innern davon überzeugt sind, daß sie die Mehrheit der Danziger Bevölkerung nicht hinter sich haben. Auch für sie ist das Wort des Führers bestimmt: „Wer heute noch gegen uns ist, ist gegen Deutschland.“

Ostland-Chronik

Wirtschaftsbesprechungen mit Litauen

Auf den wiederholte geäußerte Wunsch von litauischer Seite sind zwischen der Reichsregierung und der litauischen Regierung Befreiungen über die Ausgestaltung des beiderseitigen Warenverkehrs aufgenommen worden. Für das Deutsche Reich ist die Vorauslehung zur Aufnahme der Befreiungen die Annahme normaler Verhältnisse im Memelgebiet gewesen. In dem sich dort ein Rückschlag bemerkbar machen oder eine Behinderung der Arbeit des deutschen Direktoriums und des Landtages eintreten sollte, werden die Befreiungen von deutscher Seite sofort wieder abgebrochen und wird der Wirtschaftskampf gegen Litauen rücksichtslos fortgesetzt werden. Es bleibt dabei, daß sich das Verhältnis des Deutschen Reiches zu Litauen nach der Politik richtet, die die litauische Regierung im Memelgebiet verfolgt. Entsprechendes gilt auch im Verhältnis zu Lettland und anderen Staaten.

Litauen baut sich einen eigenen Hafen

Wie der „Ost-Express“ meldete, arbeitet das litauische Verkehrsministerium seit Jahren am Ausbau eines Hafens an der litauischen Ostseeküste. Es handelt sich um den nahe der lettändischen Grenze gelegenen Hafens Schwentoji. Die dänische Baufirma Holgaard und Schulz, die auch am Ausbau des Götingener Hafens wesentlich mitgewirkt hat, hat an diesem Hafen im Laufe der letzten Jahre verschiedene Erweiterungsbauten durchgeführt, so daß Schwentoji im Hofschiff jetzt auch den Anforderungen eines Handelshafens für Litauen gewachsen wäre. Auf einer fürstlich in Rauen veranstalteten Tagung litauischer Bauingenieure wurde beschlossen, neben dem Hafen eine moderne Stadt anzulegen. Mit der Ausarbeitung eines entsprechenden Planes ist man bereits beschäftigt. Litauen will sich demnach kein „Götingen“ bauen; es wird anstreben für den Hafen, daß Memel einmal nicht mehr innerhalb der litauischen Hoheitsgrenzen liegen sollte ...

Kreislagswahlen im Memelgebiet

Am 24. Februar finden in den drei Landkreisen des Memelgebietes, Hinterpregen, Pogegen und Memel, die Neuwahlen der Kreistage statt. Den zuständigen Wahlkommissionen sind nicht weniger als 42 Listen eingereicht worden, von denen allein 27 auf den Kreis Hinterpregen entfallen. Der litauische Kreisgremium, an dem an einer ganzen Reihe der von memeldeutscher Seite aufgestellten Kandidaten das aktive und passive Wahlrecht entzogen, weil sie früher einer der angeblich „staatsfeindlichen“ Parteien von Soh und Neumann angehört haben. So darf z. B. der Gutsbesitzer Schulze in Militschen, der jetzt kommissarischer Landrat des Landkreises Memel ist, weder wählen noch gewählt werden.

Deutsch-polnische Beziehe

Am 8. Februar hielten sich 50 Bergleute aus den polnischen Kohlenrevieren zu Besuch in Beuthen O.S. auf. Ihr Besuch galt vor allem dem Studium des Rettungs- und Aufstiegsweins im deutsch-oberlausitzischen Bergbau. Die Gäste legten am Ehrenmal in der Beuthener Schrottholzkirche einen Kranz nieder.

Vom 13. bis zum 18. Februar führt die polnische Jungjuristenvereinigung Rada Naczelnia in Verbindung mit dem Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen eine Studienfahrt polnischer Jungjuristen durch Deutschland durch. An der Fahrt nehmen etwa 80 polnische Referendare und Studenten teil. In Dresden werden die Gäste vom Oberbürgermeister begrüßt. Garmisch-Partenkirchen wird ein Besuch abgelegt; dort nehmen die Gäste u. a. an der Schlusseier der olympischen Winter Spiele teil. Die Fahrt findet ihren Abschluß in Berlin, wo im Hause der Deutschen Reichsfront ein Kameradschaftsabend stattfindet, bei dem Reichsminister Dr. Frank die Gäste begrüßt.

Reichsminister Dr. Frank hielt am 12. Februar in Warschau auf Einladung polnischer Juristen einen Vortrag über das neue Deutschland.

Mitte Februar finden die alljährlichen Repräsentationsjagden des polnischen Staatspräsidenten statt. An ihnen nimmt auch Ministerpräsident Göring teil. Auch der Domänen-Senatspräsident Greifel gehört zu den Gästen. Wie schon im vergangenen Jahre, so werden auch diesmal von einem Teil der polnischen Presse an den Jagdbuch der beiden deutschen Staatsmänner allerlei Gerüchte über eine weitere Ausgestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen geknüpft.

In Berlin finden im Laufe des Monats Februar wiederum deutsch-polnische Wirtschaftssprechungen statt. Sie beziehen sich auf die Regelung des deutsch-polnischen Warenaustauschs im Monat März.

Unter Leitung eines Universitätsprofessors traf eine Abordnung Kraußauer Studenten und Studentinnen zu einem mehrtägigen Besuch in Breslau ein, der dem Zweck diente, die polnischen Gäste mit dem Ideengut und den Einrichtungen des Dritten Reiches bekannt zu machen. Im Vordergrund stand ein Besuch des Arbeitsmarktstagers in Böhmen. Das einfache, aber disziplinierte Lagerleben der deutschen Jungen hinterließ bei den Gästen einen ausgezeichneten Eindruck.

1640 deutsche Kinder Kongreßpols ohne deutschen Unterricht

In den fünf Zentralwojewodschaften Warschau, Lublin, Podlachien und Bialystok wohnen nicht weniger als 16 410 deutsch Kinder ohne jeglichen deutschen Unterricht auf. Von dem weit verzweigten Netz der deutschen evangelischen Kantorschulen, die in mehreren hundert der kinderreichen deutschen Kolonien bestanden, ist fast nichts übrig geblieben. In den meisten staatlichen Schulen ist der deutsche Unterricht für die deutschen Kinder völlig weggefallen. Ein gut Teil der deutschen Kinder wohnt in der alterchristlichsten polnischen Republik auch ohne jeden Religionsunterricht auf. In den fünf genannten Wojewodschaften haben 6364 deutsche Kinder keinen Religionsunterricht. Sie besuchen Schulen, an denen es keinen evangelischen Lehrer gibt. Bei der meist weitesten Entfernung der Kolonien vom nächsten Kirchdorf ist es auch nicht ohne weiteres möglich, daß andere beamtete Kräfte den Religionsunterricht erteilen. Mit Freuden wurde seinerzeit von den evangelischen Eltern in Kongreßpolen die Verfügung begrüßt, wonach im Zusammenhang mit dem Religionsunterricht soviel Schreib- und Rechunterricht erteilt werden dürfe, als nötig ist, um das evangelische Kind in die Sprache der Bibel, des Gottesbuchs und des Katechismus einzuführen. Leider hat dieser „Spracherlaß“ aber vielfach noch keine Anwendung gefunden, so daß die Kinder durch die mangelnde Kenntnis der Muttersprache auch dem Religionsunterricht nicht genügend folgen können — was die polnische Propaganda natürlich nicht hindert, den Erfolg als einen Beweis der polnischen „Toleranz“ zu zitieren.

Deutscher Überfall auf Deutsche

Der zweigeteilte Dom des Katholischen Deutschen Frauenbundes veranstaltete am 2. Februar in Jelenie (Ostpreußen) ein Jagdtag in Bergungen. Kaum war die Veranstaltung eröffnet worden, als vier Männer im Saal erschienen und in polnischer Sprache das Spiel der polnischen Nationalhymne verlangten. Um die lästigen Burschen loszuwerden, tat man ihnen den Gefallen. Bald nachdem sich diese ersten ungebetenen Gäste entfernt hatten, wurden neue Versuche gemacht, die deutsche Veranstaltung zu stören. Vor dem Saal versammelte sich ein Rudel von Leuten, die fortgelegt die Türen aufrißten, an die Fenster schlugen und Drob- und Schmährufe brüllten. Da der Vorstand des Frauenbundes weitere Zwischenfälle vorausah, erbat er polizeilichen Schutz, der auch gewährt wurde. Das Vergnügen konnte dann, solange die Polizei dabei war, fortgeführt werden. Kaum aber hatten sich die Beamten, die die Störenfriede vertrieben zu haben glaubten, wieder entfernt, als auch schon wieder acht bis zehn Kerle in den Saal eindrangen. Sie belästigten und beschimpften die Deutschen und forderten sie unter Drohungen auf, sofort den Saal zu verlassen. Auch den Gastwirt beschimpften sie, weil er es

gewagt hatte, Deutsche in seinen Räumen aufzunehmen. Die Vorläufige des deutschen Verein, Frau Bannert, wurde von den Rohlingen mit Füßen getreten. Auch wurde ihr gedroht, daß man ihr den Schädel einschlagen werde. Da sich inzwischen noch weiteres politisches Geleidel eingefunden hatte, mußte das Vergnügen abgebrochen werden, und die Teilnehmer verloren, möglichst unbehelligt nach Hause zu kommen. Doch wurde ihnen, als sie das Jagdschloss kaum verlassen hatten, die Straße versperrt. Eine größere Bande von Polen fiel über sie her. Auf die deutschen Männer, Frauen und Kinder wurde eine förmliche Jagd veranstaltet. Es gab zahlreiche Verletzte. Am schlimmsten wurde der deutsche Steiger Rofowitsch zugerichtet, der von mehreren Polen angegriffen und befindungslos geschlagen wurde. Mehrere andere Deutsche wurden durch Messerstiche und Schläge mit Knüppeln und anderen Gegenständen erheblich verletzt. Als Führer der polnischen Bande wurde ein gewisser Tomaszek erkannt, der beim Rattwitzer Magistrat angestellt sein soll. Bei den Teilnehmern an dem Überfall schien es sich in der Hauptsache um Mitglieder des Augustänschenverbundes gehandelt zu haben. Einige Tage nach dem Überfall wurden verschiedenen Mitgliedern des Vereins anonyme Drohbriefe ins Haus geschickt. In einem an die Vorsitzende, Frau Bannert, gerichteten Brief steht es, daß sie wegen ihrer „falschen Aussagen“ über den Überfall noch zur Pleitehaftigkeit gezwungen und „mit jamt ihrem Verein in Stücke gerad“ werden würde. In einem anderen Brief ist dem Empfänger angekündigt worden, daß er noch „wie ein Hund unter dem Jaun verrecken“ würde. Diese Briefe sind mit einem Totenkopf und der Unterschrift „E lebe Polen!“ versehen.

Der „Kurier Poznanski“ beleidigt das deutsche Volk

Wer wissen will, wie das amtliche Polen sich gegenwärtig zu Deutschland verhält, kann sich darüber in der „Gazeta Polska“ orientieren. Wer aber erfahren will, was die polnische Öffentlichkeit über Deutschland denkt, wird sich mehr an die Lezurenungen derjenigen Zeitungen halten, die in der Wahl ihrer Worte durch keine unmittelbare politische Verantwortlichkeit beeinträchtigt sind. Da ist z. B. der „Kurier Poznanski“, den man trotz seiner geringen Auflage in der Haltung, die er gegenüber Deutschland einnimmt, als typisch für die Ausschöpfung weiter Kreise der polnischen Öffentlichkeit ansprechen kann. Dieses nationaldemokratische Blatt hat am 2. Februar einen Artikel von einem gewissen Stanislaus Pientowski veröffentlicht, in dem dieser Deutschland und Juden miteinander zu vergleichen versucht. Wenn es, so schreibt Pientowski da, zwischen den Deutschen und den Juden auch keine Ahnlichkeit gebe, so sei zwischen beiden doch „eine nahe und interessante geistige Verwandtschaft“ vorhanden. Die Juden bezeichneten sich als das ausserweltliche Volk, die Deutschen hielten sich für ein herrenvolk. Die einen hätten ihren Stammesgott Jeshua, die anderen ihren Deutschen Gott. Beide seien von Größe und Genuis überzeugt. Wenn auch auf verschiedenen Wegen und mit verschiedenen Mitteln, so führe doch jedes der beiden Völker „mit starkem Glauben an die Größe und Genialität seiner Rasse“ die Welt zu unterjochen. Das mache beide Völker zu einer gleich großen Gefahr für die Zivilisation. Der deutsche Geist mit seinen Bissigkeiten sei nicht milder als der jüdische mit seinen bolschewistischen Revolutionen. Beide Völker seien von Haß und Verachtung für alles Fremde erfüllt. Gemeinsam sei beiden das Fälschen der wissenschaftlichen Wahrheit. Die Juden hätten die Kunst, Texte zu fälschen, doch entwistet, und die Deutschen ohmehr jetzt ihr Beispiel nach, indem sie die Geschichte, die Chronographie, die Anthropologie, die Archäologie usw. fälschen, um ihre imperialistischen Ziele durchzuführen... Man kann diesen „Vergleich“ nur als eine insame Verleumdung des deutschen Volkes bezeichnen. Es kommt dem Verfasser offenbar darauf an, zu verhindern, daß der energische und volkigerliche Kampf des deutschen Volkes gegen die zerstreuenden Kräfte des Judentums in der polnischen Öffentlichkeit irgendwelche Sympathien für Deutschland erweckt. Es ist sehr naiv, soche Stimmen zu

hören. Sie sind geeignet, die deutsche Öffentlichkeit zu einer nüchternen und zurückhaltenden Bewertung des polnischen Partnert zu erziehen.

Adam Koc — Präsident der Bank Polissi

Der bisherige Präsident der Bank Polissi, Dr. Wroblewski, ist zurückgetreten. Zu seinem Nachfolger wurde der bisherige Staatssekretär im Warschauer Finanzministerium, Oberst Adam Koc, bestellt. Wroblewski hatte angefischt des vorliegenden Rückgangs des polnischen Ausfuhrüberusses und der anderen Aktivposten der polnischen Zahlungsbilanz in leichter Zeit eine vorstellige Belehrung des Devisenvertreibers nach dem Muster Deutschlands und anderer Staaten befürwortet, hat mit dieser Auffassung jedoch nicht durchdringen können. Oberst Koc gilt als ein Anhänger der Auffassung, daß es trotz aller Verschlechterungen der Zahlungsbilanz auch in Zukunft noch möglich sein wird, den freien Zahlungsverkehr ohne Gefahr für die Stabilität der polnischen Währung aufrecht zu erhalten, also ohne Devisenbewirtschaftung auszukommen. Er gehört der Oberstengruppe an, als deren finanzpolitischer Exponent er sich neben Oberst Matuszowski einen Namen gemacht hat. Er hat in den letzten Jahren die polnische Regierung wiederholt bei wichtigeren Kreditverhandlungen mit ausländischen Kapitalgruppen vertreten.

„Polnische Radikale Partei“

Schon im vorigen Jahr war gelegentlich davon die Rede, daß in Polen endlich mit dem Parteiwesen Schluss gemacht werden solle. Nachdem sich im Spätherbst der „Unparteiische Block“ für die Zusammenarbeit mit der Regierung, der sogenannte Sanierungsbund, selbst aufgelöst hatte, war man der Meinung, daß dieser Schritt nur der Beginn einer allgemeinen Auflösung der politischen Parteien in Polen sein werde. Die Dinge haben sich bisher jedoch ganz anders entwickelt. Es sind nicht nur die bestehenden Oppositionsparteien nicht verschwunden, sondern aus der Erbmasse des alten Sanierungsbündes begannen sich verschiedene neue politische Gruppen zu bilden. Zu diesen gehört die vor kurzem ins Leben gerufene „Polnische Radikale Partei“, zu deren Söhnen der ehemalige polnische Botschafter in Washington, Titus Filipowicz, gehört. Filipowicz trat im vergangenen Jahre, als die Frage der Regierungsumbildung auf, mit einem Wirtschaftsprogramm vor die Öffentlichkeit und gründete, als er bei der Regierung Rosickowsky einen Anklang fand, Ende vergangenen Jahres eine „Liga der wirtschaftlichen Biedermeier Polens“, durch die er seine wirtschaftlichen und antisemitischen Ideen zu propagieren versuchte. Seht gehört er, wie erwähnt, zu den Söhnen der „Polnischen Radikalen Partei“, die in ihrem vorläufig als Halbmonatschrift erscheinenden Organ „Nowe Drogi“ ihr umfangreiches Programm mitgeteilt hat.

Das Programm verlangt eine Reform der Wahlordnung vom vorigen Jahr, die Wiederherstellung der Unabhängigkeit des Richterstandes, die Wiederaufrichtung einer wirklich selbständigen territorialen Selbstverwaltung, also in der Hauptstadt wohl eine Abwölbung des autoritären Regierungssystems. Das Programm verlangt weiter die Entzündung des öffentlichen und geistigen Lebens in Polen, die Förderung der jüdischen Auswanderung aus Polen und die Schaffung eines ausreichenden Kolonisationsgebietes für die aus Polen abwandernden Juden. In wirtschaftlicher Hinsicht werden folgende Grundfälle vertreten: Es sollen große öffentliche Arbeiten, vor allem solche, die der Landesverteidigung dienen, wie Straßen- und Eisenbahnbauten, in Angriff genommen werden. Der landwirtschaftliche Großgrundbesitz soll gegen „angemessene Entschädigung“ enteignet werden. Der Staat soll alle für die Landesverteidigung wichtigen Industrieunternehmungen in eigene Regie übernehmen. Die Goldparität von 1927 soll aufrechterhalten und Maßnahmen gegen die Schrumpfung des Gold- und Devisenbestandes sollen ergriffen werden. Das

Ziel der Wirtschaftspolitik soll die Herstellung der wirtschaftlichen Autarkie Polens sein. Als die drei Grundlagen des Programms werden bezeichnet: Christliche Ethik, nationales Polen auf demokratischer Grundlage und sozialer Radikalismus.

Es wurden ernannt...

Der bisherige polnische Generalkonsul in Königsberg, Dr. Marckiewski, ist ins Warschauer Außenministerium berufen worden. Sein Nachfolger ist noch nicht ernannt. Der Posten des polnischen Generalkonsuls in Berlin bleibt vorerst unbesetzt. — Zum Pressesattaché der polnischen Botschaft in Berlin wurde an Stelle des ins Warschauer Außenministerium berufenen Dr. Kieck, der bisherige Pressesattaché der polnischen Botschaft in Rom, Dr. Wnorowski, ernannt. — Der langjährige deutsche Gesandte in Krakau, Reinbeck, wurde zum Generalkonsul in Posen ernannt. Es ist zu hoffen, daß es dem neuen Vertreter des Reiches in der ehemaligen Provinzhauptstadt gelingt, mit den dortigen Deutschen engere Beziehungen zu unterhalten, als sie sein Vorgänger gepflegt hat.



Was Ihr in diesem Winter gebt,
Das gebt Ihr nicht der Regierung,
Das gebt Ihr dem deutschen Volke;
Das heißt: Ihr gebt es Euch selbst!

Untertrag auf Schächtverbot im Sejm

Unter den polnischen Juden hat ein Antrag der Sejmabgeordneten Frau Brysior, der Gattin des ehemaligen Ministerpräsidenten und ehemaligen Senatsmarschalls, eine begreifliche Erregung hervorgerufen. In dem Antrag wird das gesetzliche Verbot der rituellen Schlachtungen gefordert. Begründet wird dieser Antrag u. a. damit, daß die rituelle Schlachtung die Fleischpreise mit erheblichen Mehrkosten belaste, daß die Schächtung dem gefundenen Polternspindeln, das eine möglichst schmerzlose Tötung der Schlachttiere verlangt, widerspreche, und daß diese barbarische Tierquälerei z. B. in Deutschland schon durch Gesetz verboten sei. Auf einer in Warschau abgehaltenen Rabbinerstagung wurde gegen diesen Antrag Einpruch erhoben. Es wurde beschlossen, am 7. Februar ein allgemeines Fasten der Juden durchzuführen und eine Aboordnung des Rabbinerverbandes zum Ministerpräsidenten zu schicken, um dort gegen die geplante Verlehrung der „religiösen“ Gefühle des Judentums zu protestieren.

In Thorn starb am 20. Januar im Alter von 47 Jahren der langjährige Präsident der Pommerschen Landwirtschaftskammer, Esden-Tempfi. Er wurde in Strasburg (Westpreußen) geboren, besuchte in Berlin das französische Gymnasium und studierte an der dortigen Universität Botanischrechte. Er war Assistent an der Berliner Landwirtschaftlichen Hochschule und später an der Universität Breslau. Während des Krieges fand er bei der deutschen Bevölkerungsbehörde in Kongresspolen Verwendung. Im Jahre 1919 wurde er zum Delegierten beim Obersten Volksrat in Polen und bald darauf von Pilsudski zum Präsidenten der Pommerschen Landwirtschaftskammer ernannt. Er nahm von polnischer Seite an der Übergabe Pommerns und 1922 an der Übergabe Ober Schlesiens teil. Er war Inhaber deutscher, französischer und polnischer Orden und Vorsitzender der polnischen Delegation für die Gemischt-Danzig-polnische Kommission.

Die Warschauer Altstadt in Gefahr

Die Warschauer Altstadt ist in Gefahr! Dieser kulturgeschichtlich interessante Teil der Landeshauptstadt, der sich um den Alten Markt gruppirt, ist vom Verbölf bedroht. Im vorigen Jahre stürzte in der Altstadt ein Haus zusammen und begrub 26 Menschen unter seinen Trümmern (es war das Burghaus der bekannten Radiumforscherin Curie-Skłodowska). Vor wenigen Monaten mußte eine alte Barockkirche wegen Einsturzgefahr geschlossen werden, und kürzlich meldeten die polnischen Zeitungen, daß drei Häuser am Alten Markt, in deren Täfern breite Risse aufzutreten, von den Bewohnern geräumt werden müssten. Die dort stehenden Häuser stammen zumeist aus dem Anfang des 17. Jahrhunderts. Nur wenige, die von dem großen Brande verschont blieben, der damals den größten Teil der Altstadt zerstörte, sind älteren Datums. Doch blieb das alte Stadtbild aus der deutschen Zeit Warschaus damals trotz des Brandes erhalten; denn der Wiederaufbau erfolgte in strenger Anlehnung an den Stil, in dem die deutschen Kaufleute und Handwerker seinerzeit die mit Magdeburger Recht besitztene Stadt aufgebaut hatten. Zu den ältesten, noch erhaltenen Häusern der Warschauer Altstadt gehört auch jenes Haus, in dem sich im Jahre 1610 ein Zweig der berühmten Kaufherrenfamilie der Fugger niederließ. Der Leige aus diesem Geschlecht, das sich dort polonisierte und unter dem Namen „Futier“ lebte, hat sich vor wenigen Jahren in diesem Hause, das die berühmteste Weinchenste Warschaus birgt, behaupten können. Damals, vor Jahrhunderten, war die Altstadt das Zentrum des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens

der polnischen Hauptstadt. Heute gehört das Gebiet des Alten Marktes zum jüdischen Ghetto. Nur die bunten, hochgezogenen Häuser, die am Alten Markt ein Bild wunderbarer städtebaulicher und silvoller Geschlossenheit bieten, erinnern noch an den Reichtum und die Macht der ehemals deutschen Patriziergeschlechter, von denen auch zahlreiche wertvolle Urkunden derartigen. Aber jetzt scheinen auch diese Zeugen einer bedeutenden Vergangenheit dem Untergang geweiht zu sein, wenn nicht umfassende Erhaltungsarbeiten durchgeführt werden. Man führt die Einsturzgefahr, die einige der alten Häuser bedroht, auf eine Aushöhlung des Untergrundes zurück. Teils wird behauptet, daß unter den Kellern der Altstadt ein Kanal läuft, durch den früher einmal die Abwasser in die Weichsel abgeleitet wurden; teils spricht man von unterirdischen Gängen, die vielleicht einmal der Verteidigung gedient haben, und die auch in der Zeit der polnischen Aufstände eine Rolle gespielt haben sollen und später auf Befehl der russischen Verwaltung anscheinend mit ungenügender Sorgfalt zugeschüttet worden sind.

Badewannen für Wohynien

Ein Warschauer Blatt erzählte vor kurzem eine recht interessante Geschichte aus einer wohynischen Stadt. Die dortige Versicherungsanstalt hatte eine Anleihe von 1,2 Mill. Pol. aufgenommen. Das Geld war für den Bau von Kranhäusern, Erholungsheimen und vergleichend bestimmt. In Wirklichkeit aber wurde es ganz anders verwandt. zunächst wurde für 700 000 Pol. ein feudales Präsentationshaus für die Verwaltung gebaut. Weitere 50 000 Pol. wurden für die Beschaffung von hochmodernen Arbeitszeitstoppuhren für die 44 beschäftigten Beamten verwendet. Für den Reisepreis, der nach diesen mühsamen Investitionen noch übrig geblieben war, wurde beschlossen, zwecks Hebung von Sauberkeit und Kultur ein städtisches Badehaus zu errichten. Man wollte auch hier das Neue vom Neuen anstreben. Daher wurde zunächst ein Herr der Verwaltung ins Ausland geschickt, wo er sich mit den modernen Badeeinrichtungen befann machen sollte. Er durchzog längere Zeit mehrere europäische Länder und kam auch nach London. Hier glaubte er endlich die für Wohynien geeigneten Badewannen gefunden zu haben; ihnen mit imprägniertem Mahagoniholz ausgelegt. . . . Der Herr tauschte die Wannen. Sie waren ursprünglich für den — König von England bestimmt. Der hat sie jedoch für unpraktisch und für zu teuer gehalten. Über für Wohynien waren sie dem Herrn der Versicherungsanstalt gerade recht. Was tut man nicht alles für die Kultur!

Die Ukrainer stimmen für den Heereshaushalt

Der ukrainische Senator Lucki gab am 5. Februar in der Senatsaussprache über den Haushalt des polnischen Kriegsministeriums folgende gründliche Erklärung ab: „Die ukrainische Nation fühlt sich immer der Kultur des Westens zugehörig. Daraus nahm sie die Kraft für ihren alten Kampf mit dem Osten. Noch im Jahre 1917 hat die ukrainische staatliche Bewegung dem Osten einen entschiedenen Kampf angezeigt, der sich bis über das Jahr 1920 hinzog. Leider hat der Osten die Oberhand über uns gewonnen. Der Rigaer Vertrag beließ den bedeutenderen Teil der ukrainischen Nation auf der anderen, ihr durch Kultur und Geist fremden Seite und gab ihr unerhörte Unterdrückung preis, die sich auf die primitivsten Neuerungen des politischen und kulturellen Lebens erstreckte. Nur ein Bruchteil unserer Nation diesesseits der Rigaer Grenze blieb bei Europa, innerhalb der Grenzen des polnischen Staates. Daher fühlt dieser Teil unserer Volksgemeinschaft auf sich die Verantwortung für die Geschichte der gesamten Nation lasten. In den verschiedenen Augenblicken nahmen die Beziehungen zwischen der polnischen und der ukrainischen Volksgemeinschaft verschiedene Gestalten an. Wir waren in der Opposition, die Opposition bestätigte sich im Parlament. Aber eines haben wir, ganz unabhängig von der Stimmung, niemals angetastet:

das Heer. Die Zeiten haben sich inzwischen geändert. Die schwierige und verwirrte Lage Europas gebot uns, nach gemeinsamen Wegen für die polnische und die ukrainische Nation zu suchen. Die polnische Armee, die im gegebenen Augenblick die Kultur des ganzen Weltens verteidigen kann, betrachten wir als das gemeinsame Gut der beiden Nationen: der polnischen sowohl wie der ukrainischen. Daher hat der Abgeordnete Ceweljew im Haushaltsausschuß des Sejm während der Aussprache über den Haushalt des Kriegsministeriums gefragt: Die politische Weltlage, das Vertrauen der Nachbarn, die für jedermann klaren Ziele der Komintern bedrohen in gleicher Weise den polnischen Staat wie die Lebensinteressen der ukrainischen Nation, erfordern eine kräftige, zahlenmäßig starke und technisch gut ausgerüstete Armee des polnischen Staates. Eine solche Armee liegt im Lebensinteresse des ukrainischen Volkes, und deshalb werden wir für den Haushalt des Kriegsministeriums stimmen. Das war nicht allein die Meinung des Abgeordneten Ceweljew, sondern das ist unter aller gemeinsamer Beschluß und Standpunkt, der nicht aus einer Konjunktur hervorgeht, sondern für uns eine Angelegenheit von wesentlicher Bedeutung ist. Ich erläutere, daß das, was der Abgeordnete Ceweljew in der Haushalt-

kommission des Sejm gesetzt hat, im Namen der für die Politik des ukrainischen Volkes verantwortlichen Faktoren gesetzt worden ist, und ich möchte seine Erklärung unterstreichen und bestätigen. Wir werden, wie immer, für den Heereshaushalt stimmen."

Rad Tolewicz im Sejm hat also auch Lücke im Senat das ukrainische Interesse an der Stärke der polnischen Armee festgestellt. Da das ukrainische Volk von Russland und Polen um den eigenen Staat und damit auch um die eigene Armee betrogen worden ist, und da weiter ein Zusammengehen der Ukrainer mit den bolschewistischen Gewaltthätern, aus denen die Blutspur von Millionen hingemordeten Ukrainern läuft, nicht in Frage kommt, erblieben die parlamentarischen Vertreter des ukrainischen Volkes in Polen in der polnischen Armee den Faktor, der geeignet ist, bis auf weiteres die Interessen des ukrainischen Volkes gegen die aggressive Politik der Rostauer Bolschewiten zu schützen. Wie früher einmal die Polen an der Stärke der deutschen Armee inter-

essiert waren, von der sie hofften, daß durch sie die zaristische Zwangsbeherrschung in Russlandspolen niedergemordet werde, so erwarteten heute die Ukrainer, daß die polnische Armee, indem sie den polnischen Staat verteidigt, für sie einmal dasselbe leisten werde, was die deutsche Armee einst für die Polen getan hat. Alle Polen, die das polnische Volk in der Zeit seiner Staatenlosigkeit durchliefen hat: Aufstand, Terror, organische Arbeit, Solidarität usw., durchliefen heute auch das unter vier Staaten aufgeteilte ukrainische Volk, — nur, wie es scheint, in weit schnellerem Tempo. Die ukrainischen Solidaritätsbefindungen sind sicherlich nicht weniger ehrlich gemeint, als seinerzeit die vielseitigen und sich überkreuzenden Solidaritätsbefindungen der politischen Führer des polnischen Volkes. Die ukrainischen Politiker befinden sich in der glücklichen Lage, an das Vorbild anknüpfen zu können, das ihnen die einstmal im Kampf um die Selbständigkeit ihres Staates und die Freiheit ihres Volkes stehenden polnischen Politiker gegeben haben.

Der lettische Vorstoß gegen das Deutschtum

Ausnahmegerüste gegen das Deutschtum

Die letzten Ereignisse in Lettland haben wieder einmal schlagartig die bedrohte Lage des deutschen Volksstums im lettändischen Staat beleuchtet. Der Nachdruck, mit dem die deutsche Staatsführung durch ihren Gesandten in Riga die lettändische Regierung darauf hingewiesen hat, daß ihre Maßnahmen gegen das Deutschtum eine schwerwiegende Bedrohung für die deutsch lettändischen Handelsbeziehungen bedeuten, zeigt uns deutlich, wie entscheidend die um die Jahrhunderte erlassenen Gesetze für das deutsche Volkstum in Lettland sind. Es geht ja nicht nur um die entschädigungslosen Enteignungen der deutschen Gildenhäuser in Riga. Diese Auswirkung der „Silvestergesetze“ zeigt uns nur die Richtung dieses neuesten lettischen Verfolgungsfeldzuges gegen das Deutschtum. Der Liquidation der Gilden wird auf Grund der erlassenen Gesetze die Auflösung weiterer deutscher Vereine in den nächsten drei Monaten folgen.

Bei den Gesetzen handelt es sich im einzelnen um das Gesetz über den Aufbau der Industrie- und Handelskammer und der Handwerkskammer, sowie um die Gründung eines Staatswirtschaftsrates. Ihre Abwendung erfuhr diese Gesetzesreihe durch eine Neufassung des Gesetzes über den Aufbau der lettändischen Landwirtschaftskammer, die in den ersten Januartagen veröffentlicht wurde. Damit ist, rein äußerlich gesehen, eine feste Gliederung und Abgrenzung nach ständischen Gruppen erfolgt, die ihre höchste Zusammensetzung in dem zu gründenden Staatswirtschaftsrat finden werden. Damit soll, wie es in den amtlich lettischen Erklärungen zu diesen Gesetzen heißt, „eine einheitliche Zusammensetzung und klare Ausrichtung aller wirtschaftlichen Kräfte des Landes gesichert werden.“

Allein, die ersten Auswirkungen dieser Gesetze und das ist zweifellos kennzeichnend für die wahren Beweggründe zu diesen Maßnahmen — bestanden in der entschädigungslosen Enteignung der Gildenhäuser in Riga und ihrer sozialen und kulturellen Einrichtungen, die in einer bedeutenden Anzahl von Krankenhäusern, Altersheimen, Lehrlingsheimen usw. bestanden. Mit der Enteignung dieser Einrichtungen heißt es mir in lettischen Kreisen eine Zentralisierung des Deutschtums zu vernichten. Dieser Akt bedeutet aber zweifellos nur den Anfang weiterer lettischer Ausbeutungsmaßnahmen. Bestimmen doch die Gesetze, daß alle Vereine und Organisationen, die durch ihre Bezeichnung oder durch ihre Tätigkeit in die Arbeitsgebiete der neuen Kammer fallen, in den nächsten drei Monaten aufzulösen sind. Nun haben aber die Letten solche Vereine nur in ganz geringem Umfang, während das Deutschtum in seinem Existenzkampf sehr stark auf solche Einrichtungen angewiesen ist. Ferner fallen z. B. die Gilden (es handelt sich um die rein deutsche Mariengilde, in der neben Kaufleuten auch Literaten und

Künstler aufgenommen wurden, und um die schon stark mit Letten durchsetzte Johanniskirche, in der die Handwerker zusammengehalten waren) nur ihrer Bezeichnung, nicht aber ihrer Bedeutung nach, unter die erwähnten Gesetze; denn den Charakter zumindestiger Zusammenfassungen von Kaufleuten und Handwerkern, den sie bei ihrer Gründung im 13. Jahrhundert in der deutsch-hanseatischen Zeit besaßen, haben sie, soweit es sich um rein wirtschaftliche Funktionen handelt, schon längst verloren; nur die Funktion als Träger einer sozialen und kulturellen Gemeinschaft war ihnen verblieben. Die „Silvestergesetze“ sind nur ein sogenannter Vorwand für einen erneuten Angriff auf das lettändische Deutschtum.

Die Enteignung des deutschen Großgrundbesitzes

Es ist nicht das erstmal, daß die Letten scheinbar staatspolitisch notwendige Gesetze ummünzen und verfälschen zu Ausnahmegerüsten gegen das Deutschtum. Es braucht in diesem Zusammenhang nur an die Agrarreform des Jahres 1920 erinnert zu werden. Sie sah die Gründung eines Landfonds vor, aus dem über das ganze Land verstreut neue Bauernwirtschaften errichtet werden, bzw. bestehende Kleinwirtschaften zu lebensfähigen Betrieben ausgebaut werden sollten. Niemand wird sich der durchaus verständlichen Zielsetzung dieser Reform der Bodenverteilung verschließen. Allein, auch bei der lettischen Agrarreform wurde der gesunde Kern verfälscht. Da ihren praktischen Auswirkungen bildete sie lediglich ein Instrument des lettischen Chauvinismus, das dazu bestimmt war, das Deutschtum wortlos zu machen und seine Lebensstätte zu brechen. Richtete sich die Agrarreform doch nicht nur gegen den deutschen Großgrundbesitz, sondern mit derselben Schärfe auch gegen die bäuerlichen Kolonisten des deutschen Volkstums! Nur nebenbei sei erwähnt, daß von der landwirtschaftlich genutzten Fläche Lettlands bei Beginn der Agrarreform bereits 75 v. h. zu bäuerlichen Wirtschaften gehörten. Außerdem war aber der deutsche Großgrundbesitz durchaus bereit, dem Bedürfnis nach einer Verstärkung des lettischen Bauerntums an freien Stücken entgegenzutreten; er schlug deshalb vor, jeweils soviel Gütsland zu enteignen, als wirtschaftlich Nachfrage vorhanden war.

Deutsche Zeitung — lettischer „Don“

Die Verständigungsbemühungen des deutschen Großgrundbesitzes wurden von lettischer Seite rundweg abgelehnt, obgleich die deutschen Großgrundbesitzer bereits vor dem Kriege, in einer Zeit also, in der von einem lettischen Druck keine Rede sein konnte, stets volles Verständnis für die Bedürfnisse des lettischen Bauerntums geweist hatten. Es ist nicht überflüssig, daran zu erinnern, daß es ein lettisches Volkstum heute nicht gäbe, wenn das baltische Deutschtum nicht Jahrhundertlang eine konsequente Widerstandspolitik gegen Russifizierung und Orthodoxie durchgeführt hätte. Die Letten verdarken die Erhaltung ihrer Sprache den Deutschen. Die

Deutschen hätten es mehrfach nicht notwendig gehabt, lettische Schulen zu gründen, eine lettische Schriftsprache zu schaffen, lettische Lieder aufzuzeichnen und damit der Vergessenheit zu entreichen, Bibel und Gelangbücher ins Lettische zu überlegen, kurz die Grundelemente des lettischen Volkstums zu pflegen und entwicklungsfähig zu machen. Sie haben es dennoch getan. Sie wollten nicht germanisieren.

Diese für das Werden des lettischen Volkstums entscheidenden Leistungen des Deutschthums sind selbst von den Letten, wenn auch nur gelegentlich, anerkannt worden. So schreibt der feineswegs deutschfreudliche lettische Publizist Bihmanns: „Die besten Vertreter des Deutsch-Baltenstums bemühten sich im 18. Jahrhundert um die Besserung der Lage der lettischen Bauern. Sie waren um die geistige Kultur der Letten besorgt... Die Deutschen traten auch der Russifizierung sehr entgegen... Im unabhängigen freien Lettland kämpften die Deutschen wie alle Einwohner einmütig für eine gedeihliche Zukunft des Staates. Die Deutschen nahmen alles als energische, begabte und tapfere Staatsbürger eine geachtete Stellung im staatlichen Leben ein... So bemerkenswert solche Urteile über die kulturellen und wirtschaftlichen Leistungen des deutschen Volkstums für die Letten aus lettischer Feder sind, so wenig haben sie in der Behandlung der Deutschen ihre praktische Auswirkung gefunden.“

So wurden denn auch die erwähnten Verständigungsversuche des deutschen Großgrundbesitzes im Jahre 1920 von lettischer Seite mit der restlosen Enteignung des deutschen Besitzes beantwortet. Enteignungen für diese Enteignung wurden nicht geahnt; und das den Grundbesitzern jeweils verbleibende Recht in einer Größe von 25 Hektar wurde nach Möglichkeit so ausgewählt, daß seine Weiterexistenz so gut wie aussichtslos war. Diese Tatsache wurde dann auch noch von der lettischen Presse mit hämischer Schadenfreude bestätigt und gleichzeitig der wahre Sinn des Agrarreformwerkes mit brutaler Offenheit dargelegt. So schrieb beispielsweise die lettische Zeitung „Latvias Sargs“ zu dem Agrarreformgesetz: „Es wird wohl kaum möglich sein, für die ehemaligen Großgrundbesitzer auf dem Landstück, das das Gemeindetomitee ihnen zuweisen wird, und das wohl sicher so ausgewählt werden dürfte, daß man nicht darauf fortkommen kann, eine ertragreiche Wirtschaft zu gründen. Sie werden gewungen sein, ihr Landstück zu verkaufen. Dann wird das deutsche Element nur auf die Städte beschleichen, wo es zusehends seiner Vernichtung entgegegensteht. Seht doch, wie in Riga zu Dutzenden die Kommissionsgeschäfte emporziehen, die angefüllt sind mit den letzten Wertpapieren und Habenscheinen des deutschen Bürgertums und Adels. Das Deutschthum Lettlands hat am 16. September 1920 seinen letzten Stich erhalten.“

Bernichtung der deutschen Kolonisten

Aber auch das Schicksal der deutschen bürgerlichen Kolonisten ist kennzeichnend für den wahren Sinn des lettischen Agrarreformwerkes. In der Zeit von 1907 bis 1914 waren etwa 20 000 deutsche Kolonisten aus dem Wolgabiet und aus Wolhynien in dem heutigen Gebiet Lettlands als Heuerlinge, Pächter und Bauern angezogen worden. Sie alle hatten auf Grund des Agrarreformgesetzes Ansicht auf die Zuordnung von Land aus dem Landfonds. Doch auch hier wandte die lettändische Regierung das Agrarreformgesetz als bewußtes Ausnahmegesetz gegen das Deutschthum an und degradierte damit die deutsche bürgerliche Bevölkerung zwangsläufig zum Prole-

tariat. Die Tatsache, daß die deutschen Kolonisten sich nach ihrer Übersiedlung noch Kurland nicht auf ihre neuen Gemeinden hatten umschreiben lassen, was im alten Kurland viel Zeit und noch mehr Geld kostete, benutzten die Letten zu der Behauptung, daß diese Kolonisten nicht als Ortsangehörige im Sinne des lettändischen Staatsangehörigkeitsgesetzes zu betrachten seien. Sie konnten daher das Bürgerrecht nur auf besonderen Antrag erwerben; allein, sämtliche Gesuche dieser Art wurden von der lettändischen Regierung kurzerhand abgelehnt. So ging zunächst die Mehrzahl der Heuerlinge und Pächter ihres Anpruchs auf Bauernland verlustig, obgleich sie diesen Anpruch mit gутem Recht noch aus anderem Grunde nachdrücklich fordern konnten. Sie hatten mitgehofft, den jungen lettischen Staat unter Einzug ihres Lebens von den Bölgewesen zu befreien, und es war nicht mehr als billig, daß der Staat ihnen für ihren opferbereiten Einzug die Verleihung von Kriegerland zusagte. Doch dieses Versprechen wurde schließlich von der lettändischen Regierung nicht gehalten.

Aehnlich wie den Heuerlingen und Pächtern erging es aber auch den deutschen Bauern, die bereits Bauernland eigentlich besaßen, das jedoch in vielen Fällen noch nicht grundbuchamtlich eingetragen war, weil unter der alten russischen Regierung auch solche Eintragungen mit hohem Kostenaufwand verbunden waren. Während nun die lettändische Regierung den lettischen Bauern die nachträgliche Aufnahme ihres Besitzes im Grundbuch in allen Fällen gestattete, wurde den deutschen Bauern die Möglichkeit grobenteils verfangt; sie wurden erbarmungslos ohne jede Entschädigung auf die Strohe gesetzt. Wie war das Schicksal der deutschen Kolonisten so gut wie bestellt. 12 000 von ihnen verließen das Land, der Rest verteile sich über ganz Kurland, wo er, von den lettischen Bauern ausgenutzt, unter erbärmlichen Verhältnissen lebt, mit Mühe sein Deutschthum behauptend.

Ein falscher Vergleich

Das war der eigentliche Sinn der Agrarreform, das ist auch der neuesten Gesetz letzter Schluss: Vernichtung des Deutschthums unter dem Deckmantel staatssouveräner notwendiger Gesetze. Es ist selbstverständlich, daß die lettische Presse auch jetzt wieder sich die erdenklichste Mühe gibt, die wirtschaftspolitischen Gesetze als „rein objektive Maßnahmen“ der lettändischen Regierung zum Wohle des ganzen Volkes hinzu stellen. Die Erregung des Deutschthums, das sich keiner Illusion über die wahre Bedeutung dieser Gesetze hingibt, beruhigt man von lettischer Seite mit dem Hinweis, daß sich in Deutschland ganz ähnliche Maßnahmen, beispielsweise auf dem Gebiete der Landwirtschaft, eine Zulammenfassung aller Kräfte des Volkes zu einer Einheit, durchgesetzt haben, „gerade so wie es in Lettland das Gesetz über den Aufbau der Landwirtschaftssammler beweist“. Gewiß, man wird den gefundenen wirtschaftspolitischen Grundgedanken dieser Maßnahmen nicht anzweifeln. Aber die Ausführungen bestimmen in lettändischer Gesetze gingen stets und gehen auch in diesem Fall wieder über das staatssouveräne notwendige Maß hinaus und lassen sie zum Instrument des lettischen Chauvinismus im Kampf gegen das Deutschthum werden. Die Silliste regelnde Gesetze sind, das muß noch einmal festgestellt werden, ebenso wie das Agrarreformgesetz des Jahres 1920 nur Deckmantel für die Unterdrückung und Ausrottung des deutschen Volkstums.

Walther.

Personelles

Ein Wählungs-Dienststüddum bei der Reichsbahn beginng am 1. November 1935 der Reichsbahnzuläufer Hermann Bösi, Osnabrück, Tannenburgerstr. 105, früher Hohenholza, Alexanderstraße 2. Der Amatur wurde aus diesem Anlaß durch ein Schreiben des Rätherrn und Reichstagslers sowie des Generaldirektors der Reichsbahn-Gesellschaft ausgezeichnet.

Geboren: Vatermeister Paul Sieinke in Berlin, früher Hohenholza, am 9. 2. 1896.

Fristablauf für Geschädigte

Am Reichsgesetzblatt vom 8. Februar d. J., Seite 62, ist eine Verordnung über die Särtebeihilfen für bedürftige Inhaber von zinsgekennzeichneten Baulandverreibungen erschienen. Bedürftige verdrängte Grenzlandbesitzer, deren Entchädigung in Schuldbriefverreibungen geahnt werden soll, werden darauf hingewiesen, daß gemäß dieser Verordnung Särtebeihilfen beansprucht werden müssen und der Antrag für die Gewährung einer Särtebeihilfe für die Zeit vom 1. Juli 1936 bis 30. Juni 1937 läßt eben bis Ende Februar d. J. gestellt werden muß. Alles Nähere ist aus oben angezogenem Reichsgesetzblatt zu erschließen.